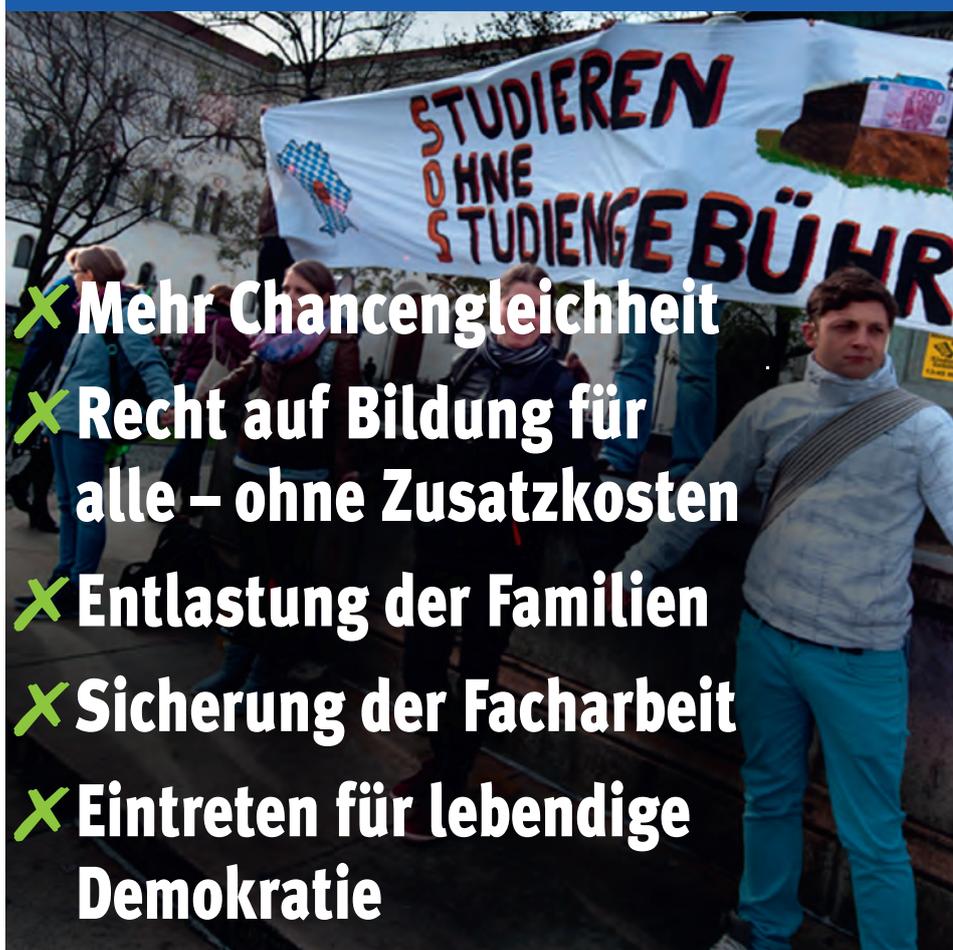


Weg mit den Studiengebühren

Volksbegehren: Jetzt eintragen!

17. - 30. Januar 2013



- ✗ Mehr Chancengleichheit
- ✗ Recht auf Bildung für alle – ohne Zusatzkosten
- ✗ Entlastung der Familien
- ✗ Sicherung der Facharbeit
- ✗ Eintreten für lebendige Demokratie

Deshalb machen wir mit

Foto: dpa

Jürgen Wechsler
Bezirksleiter der IG Metall

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich möchte Euch sehr herzlich bitten, Euch am Volksbegehren gegen die Studiengebühren zu beteiligen. Was Ihr dazu im Einzelnen tun müsst, könnt



Ihr in diesem Flugblatt nachlesen.

Manche werden sich vielleicht fragen, was die IG Metall mit den Studiengebühren zu tun hat. Uns geht es um freien Zugang zur Bildung. Für die IG Metall ist das ein fundamentaler Wert. Denn nur qualifizierte Arbeit für bestens ausgebildete Fachkräfte sichert die Arbeitsplätze in Deutschland dauerhaft. Deswegen darf es keine Extra-Gebühr für die Ausbildung an Universitäten oder Hochschulen geben. Ähnliches streben wir für die Meister- und Techniker Ausbildung an. Und: Für weit mehr als die Hälfte der Studierenden zahlen Eltern oder Großeltern die Studiengebühren von ca. 1000 Euro im Jahr. Das benachteiligt zwangsläufig die Geringverdienenden und mindert damit die Ausbildungschancen für Arbeitnehmerkinder.

So geht's zum Volksbegehren

2007 wurden durch die CSU-Regierung die Studiengebühren eingeführt. Ein breites Bündnis von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, darunter die IG Metall, will jetzt diese »Studien-Maut« wieder abschaffen. Nachdem die bayerische Staatsregierung sich weigert, von den Gebühren abzurücken, kann nur ein Volksbegehren den Weg für ein Studium ohne Gebühren freimachen. Dazu müssen sich mindestens 10 Prozent der

Wahlberechtigten, also ca. 940 000 Menschen, in die Listen des Volksbegehrens eintragen. Diese Listen liegen zwischen dem 17. und dem 30. Januar in den Rathäusern aus, in den Großstädten auch in Bürgerhäusern oder Bezirksinspektionen. Die Öffnungszeiten kann man den örtlichen Medien entnehmen oder im Internet nachschlagen:

www.volksbegehren-studiengebuehren.de

Achtung: Im Gegensatz zu »normalen« Wahlen werden keine Benachrichtigungen versandt. Auch die üblichen Wahllokale sind nicht geöffnet, ebenso wenig ist eine Briefwahl möglich. Jede/r Wahlberechtigte muss sich also selbst informieren, wo und wann er/sie unterschreiben kann.



Studiengebühren abschaffen!
Volksbegehren vom 17. bis 30. Januar 2013

Wenn sich über 10 Prozent für das Volksbegehren aussprechen, dann müssen sich bayerische Staatsregierung und Landtag mit dem Thema

beschäftigen. Stimmt der Landtag dem Text des Volksbegehrens zu, dann wird das entsprechende Gesetz geändert oder aufgehoben – die Studiengebühren werden also abgeschafft. Lehnt der Landtag hingegen das Volksbegehren ab, dann wird in einem zweiten Durchgang, dem *Volksentscheid*, erneut abgestimmt. Zur Abschaffung der Studiengebühren genügt dann die einfache Mehrheit der Stimmen.

Der Trick der Liberalen

Die Partei der Vielverdiener, die FDP, spielt bei der Auseinandersetzung um die Studiengebühren eine unrühmliche Rolle. Die Liberalen wollen die Gebühren auf Biegen und Brechen erhalten. Kein Wunder: Für die allermeisten potentiellen Wähler der FDP spielt es keine Rolle, ob das Studium für Tochter oder Sohn um 1000 Euro im Jahr teurer wird oder nicht. Da die FDP aber inzwischen selbst gemerkt hat, dass die Landtagswahlen 2013 mit einer Niederlage enden könnten, versucht sie, doch noch Stimmen im Lager der Studiengebühren-Skeptiker zu fischen. Der Trick: Sie schlägt »nachgelagerte« Studiengebühren vor, das heißt, die »Studien-Maut« wird erst nach dem Ende des Studiums fällig. Manchen mag der Grundgedanke sympathisch sein,

dass die ehemaligen Studierenden Geld zurückzahlen müssen, sobald sie einen gut bezahlten Beruf ausüben. An der Wirklichkeit geht dieser Vorschlag allerdings vorbei. Die Zeiten, zu denen ein Universitätsabschluss automatisch zu einer beruflichen Karriere führte, sind lange vorbei. Heute sind Zeitverträge, Praktika, auch unbezahlte, oder Leiharbeit die Regel. Die Folge: Hochschulabsolventen haben zum Berufsstart nur eines sicher – einen Berg von Schulden. Das kann bestimmt nicht der Sinn eines Studiums sein. Es gilt, ob es der FDP passt, oder nicht: Es ist Aufgabe des Staates, für vernünftige Bedingungen an den Universitäten zu sorgen. Und nicht Aufgabe der Studierenden (oder ihrer Angehörigen).

Weg mit den Studiengebühren, JA zum Volksbegehren! Es kommt auf jede Unterschrift an!